

Fabian Hock

Mit Grauen erinnert man sich an die letzte Begegnung von Donald Trump und Wolodimir Selenski im Weissen Haus. Vor einem halben Jahr putzte Trump den Ukrainer nach allen Regeln der Kunst herunter. An diesem Montag kommt es zur Neuauflage. Der US-Präsident hat seinen Amtskollegen aus Kiew nach Washington eingeladen. Dieses Mal hat Selenski immerhin Begleitung: Unter anderem Deutschlands Kanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, EU-Chefin Ursula von der Leyen, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Nato-Generalsekretär Mark Rutte reisen mit.

Was steht dem Ukrainer und seinen Verbündeten im Weissen Haus bevor? Marcel Hirsiger, Dozent und Osteuropa-Experte an der Fachhochschule Nordwestschweiz, beantwortet die wichtigsten Fragen:

Nach dem Gipfel mit Wladimir Putin in Alaska hat Trump durchblicken lassen, dass er für einen Vorschlag Putins durchaus offen ist: Demnach müsste die Ukraine die Region Donezk, die Russland gar nicht komplett besetzt hat, sowie die okkupierten Landesteile im Süden aufgeben. Kann Selenski das akzeptieren?

Marcel Hirsiger: Aus Sicht der Ukraine ist das inakzeptabel. Einerseits, weil die Forderung nicht vereinbar ist mit der ukrainischen Verfassung, die das Staatsgebiet klar definiert. Sie ist auch völkerrechtlich nicht haltbar, weil die Integrität der Grenzen völkerrechtlich garantiert wird. Und sie ist nicht in Einklang mit dem Budapester Memorandum von 1994, das die Grenzen der Ukraine vollumfänglich respektiert und garantiert. Sie ist auch aus europäischer Sicht nicht haltbar, weil die Gebietsabtretungen dazu führen würden, dass eine Invasion quasi legitimiert würde. Damit würden anderen Ländern für ähnliche Aktionen Tür und Tor geöffnet. Selenski steht nun vor einer sehr schwierigen Herausforderung, denn gleichzeitig ist das offenbar der einzige Weg, um überhaupt mit dem russischen Regime in Verhandlungen treten zu können. Es ist offensichtlich, dass Russland nicht bereit ist, über Frieden oder eine Waffenruhe zu verhandeln, solange es keine Zusicherung hat, diese Gebiete annektieren zu können.

Gebietsabtretungen sind nicht Putins einzige Forderung. Auch nach dem Alaska-Gipfel hat er wieder betont, dass seine unverrückbare Bedingung für ein Ende des Krieges die Beseitigung der «Grundursachen» für den Krieg ist. Was bedeutet das und warum ist das für Putin so wichtig?

Aus Sicht von Russland ist die Nähe der Ukraine zu Europa eine problematische Ausgangslage. Man muss dort allerdings feststellen, dass Russland zwei verschiedenen Narrativen folgt. Das eine ist das, was man immer wieder hört, wenn Russland weiss, dass der Westen zuhört, also zum Beispiel in Alaska oder in der Folge von diesem Gipfel-

«Mit dem Messer am Hals»

In Alaska hat Wladimir Putin dem US-Präsidenten seine Vorstellung eines Abkommens mit der Ukraine eingepflegt – mit Erfolg. Nun kommt Wolodimir Selenski nach Washington. Es steht viel auf dem Spiel.



Kurzbesuch in Brüssel vor dem Abflug nach Washington: Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Bild: AP



Unvergessen: US-Präsident Trump (Mitte) putzt im Februar im Weissen Haus Wolodimir Selenski (links) herunter.

Bild: EPA



Osteuropa-Experte Marcel Hirsiger von der FHNW.

Bild: zvg

kann, mit dem Messer am Hals. Die ukrainische Regierung hätte dann gar keine Möglichkeit mehr, sich dem zu entziehen, ohne dass sie als diejenige dargestellt wird, die Frieden verhindern will. Wenn das tatsächlich der Fall ist, bleibt wahrscheinlich nichts anderes übrig, als temporär die Gebietsabtretungen zu akzeptieren. Nicht im völkerrechtlichen Sinn, die Grenzen der Ukraine blieben weiterhin anerkannt. Aber insofern, als im Moment die Besetzung von ostukrainischen Gebieten vorübergehend akzeptiert wird, um den Friedensprozess voranzutreiben.

Halten Sie es für möglich, dass Selenski am Ende einem eigentlich nicht akzeptablen Abkommen zustimmt?

Er kann selbstverständlich einen solchen Vorschlag auch ablehnen, das ist ihm respektive der ukrainischen Führung überlassen. Selenski kann sich jederzeit auf das Völkerrecht berufen. Wenn er Trumps möglichen Vorschlag ablehnt, dann kommt ein weiterer Player ins Spiel – und das ist Europa. Die Ukraine braucht dringend Sicherheitsgarantien. Und wenn sie den mutmasslichen Deal zwischen Russland und Amerika ausschlägt und die ostukrainischen Gebiete nicht preisgeben will, dann funktioniert das nur, wenn es Sicherheitsgarantien gibt. Wenn Amerika nicht bereit ist, diese zu leisten, dann müssen das die Europäer tun. Fraglich ist, ob Europa bereit ist, solche Sicherheitsgarantien nicht nur auf dem Papier zu leisten, sondern auch dann, wenn es darauf ankommt.

Das würde bedeuten, dass europäische Soldaten in der Ukraine stationiert werden. Das würde nicht nur in Europa heiss diskutiert werden, sondern wohl auch von Putin nicht akzeptiert.

Diskutiert wird derzeit ein Vorschlag, wonach die Koalition der Willigen, also Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und andere, eine Art Beistandspflicht vereinbaren, nach Vorbild der Nato. Allerdings nicht mit Nato-Truppen. Sollte es so kommen, bin ich fast sicher, dass Russland die Probe aufs Exempel machen und schauen würde, ob die Sicherheitsgarantie nur auf dem Papier besteht oder auch in der Praxis. Europäische Länder müssten dann tatsächlich Soldaten in die Ukraine schicken. In der aktuellen politischen Situation in Westeuropa ist es zweifelhaft, ob überhaupt ein Land wirklich dazu bereit wäre. Und Russland hat ein grosses Interesse daran, zu beweisen, dass die westliche Weltordnung versagt hat. Wenn das passiert, dann steht dem Rückfall in den Imperialismus des 19. Jahrhunderts Tür und Tor offen.

In Washington hat Selenski diesmal Begleitschutz aus Europa. Wie sehen Sie die Rolle von Merz, Macron und Co. beim Treffen im Weissen Haus?

Die Einladung an die Europäer und den Nato-Generalsekretär ist zuerst einmal eine gute Nachricht. Damit wird der Ukraine in diesem schwierigen Gespräch der Rücken gestärkt. Gleichzeitig scheint es damit auch unwahrscheinlich, dass es zu einem ähnlichen diplomatischen Eklat kommt wie bei Selenskis letztem Besuch. Ob die erweiterte Delegation viel ausrichten kann, ist dennoch fraglich. Trump hat in den letzten Wochen wiederholt die Argumente der Europäer aufgegriffen, um sie dann bei nächster Gelegenheit fallen zu lassen. Es ist trotzdem zu hoffen, dass die Ukraine die dringend notwendigen Sicherheitsgarantien erhält, die durch die USA und die Koalition der Willigen auch mitgetragen werden.

Das letzte Treffen zwischen Trump und Selenski im Weissen Haus endete in einer Katastrophe. Welche Gefahren lauern für den Ukrainer bei seiner Rückkehr in die Höhle des Löwen?

Ein grosses Problem wird sein, dass die Beziehung zwischen Selenski und Trump vorbelastet ist, eben aufgrund von diesem Gespräch im Februar. Ich gehe aber davon aus, dass die ukrainische Führung dieses Mal besser vorbereitet ist. Die grösste Gefahr ist, dass die Ukraine vor quasi vollendete Tatsachen gestellt wird. Es ist durchaus denkbar, dass in dem Gespräch mit der russischen Führung bereits die Gebietsabtretungen fertig verhandelt worden sind und Selenski nur noch zustimmen

treffen. Dort ist immer wieder die Rede von «Entmilitarisierung und Entnazifizierung» der Ukraine, was selbstverständlich nicht stichhaltig ist.

Und das andere Narrativ?

Das zweite Narrativ taucht vor allem in der russischen Propaganda gegenüber der eigenen Bevölkerung auf. Dabei heisst es immer wieder, der Westen sei dekadent und ideologisch so in Schieflage, dass er für Putins Russland als vermeintlicher Hüter der westlichen, christlichen Zivilisationen nicht akzeptabel ist. Letzten Endes geht es Russland darum, die westliche Weltordnung zu zerstören. Und der Weg dorthin ist, dass man anhand des Beispiels Ukraine versucht zu testen, wie weit der

Westen bereit ist, seine eigenen Werte und seine eigenen Errungenschaften der letzten Jahrhunderte auch zu verteidigen. Es geht also einerseits um die vermeintliche Bedrohung durch Nato und Westeuropa, und andererseits um klar imperialistische Ziele.

Sehen Sie Anzeichen dafür, dass Trump das versteht?

Es ist zu befürchten, dass die amerikanische Regierung die Ausgangslage nicht versteht oder nicht verstehen möchte. Es entsteht vielmehr der Eindruck, dass sich die amerikanische Führung komplett aus Europa verabschieden möchte, unabhängig von den tatsächlichen Ursachen des Kriegs gegen die Ukraine.